

Land Oberösterreich zahlt 622'000 Euro Entschädigung an Opfer in 51 Fällen von physischer, psychischer oder sexueller Gewalt in Kinderheimen (1948-1993)

Aus: Der Standard, 19. April 2011

Copypaste von

<http://derstandard.at/1302745579551/Missbrauch-Land-Oberoesterreich-zahlt-622500-Euro-Entschaedigung>
(Stand 26. April 2011)

Land Oberösterreich zahlt 622.500 Euro Entschädigung

19. April 2011, 12:55

An Opfer in 51 Fällen von physischer, psychischer oder sexueller Gewalt - Wissenschaftliche Aufarbeitung soll Mitte 2012 publiziert werden

Das Land Oberösterreich zahlt insgesamt 622.500 Euro an Opfer, die in 51 Fällen in landeseigenen Einrichtungen physische, psychische oder sexuelle Gewalt erlitten haben. Er wolle nicht von Entschädigung sprechen, sondern bevorzuge die Bezeichnung "finanzielle Geste", da man die Schmerzen nicht wiedergutmachen könne. Das erklärte Landeshauptmann Josef Pühringer in einer Pressekonferenz am Dienstag mit dem zuständigen Landesrat Hermann Kepplinger.

Im Juni des Vorjahres hatte das Land die Opferschutzstelle installiert und im Oktober eine Kommission eingesetzt. 81 Personen haben sich bisher gemeldet, einige Fälle betrafen andere Bundesländer oder Einrichtungen der katholischen Kirche. Die verbliebenen 55 Beschwerden, von denen der Großteil das Jugendwohnheim in Linz-Wegscheid betrifft, gefolgt vom Kinderheim Schloss Leonstein in Grünburg (Bezirk Kirchdorf) und Kinderheim Schloss Neuhaus in Geinberg (Bezirk Ried im Innkreis) sowie anderen Landeseinrichtungen und Schulen, wurden der Opferschutz-Kommission zur Behandlung übergeben. Der Zeitraum der gemeldeten Übergriffe auf Jugendliche von zehn bis 18 Jahren erstreckt sich von 1948 bis 1993.

Mehrere Vorwürfe seien teilweise strafrechtlich verjährt oder die Beschuldigten inzwischen gestorben, in einigen Fällen warte man noch auf eine Rückmeldung der Staatsanwaltschaften, sagte Landespräsidialdirektorin Antonia Licka. Die Kommission habe ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen, so Pühringer. Er geht aber davon aus, dass sich der Großteil der Opfer gemeldet hat. Heute würden die Heime mit einem "sehr hohen pädagogischen Anspruch" geführt. Man setze alle Maßnahmen, dass sich derartige Vorfälle nicht mehr ereignen, betonte Kepplinger. Die Geschehnisse und Rahmenbedingungen, die sie begünstigt hätten, werden von den Historikern Michael John und Dieter-Anton Binder wissenschaftlich aufgearbeitet. Die Ergebnisse sollen Mitte 2012 publiziert werden.

Im Fall von zwei ehemaligen leitenden Bediensteten des Heimes Linz-Wegscheid, denen ehemalige Zöglinge Missbrauch vorwerfen und die für außerberufliche Tätigkeiten mit Verdienstmedaillen des Landes ausgezeichnet wurden, habe die Kommission Gespräche über eine Rückgabe empfohlen, berichtete Pühringer. Eine Landesauszeichnung könne per Gesetz nicht aberkannt werden, hofft er auf Einsicht bei den Beschuldigten. (APA)